

schon evangelischen Kirche mit dem nationalsozialistischen Staate und seinem Gedankengute wird in Sachsen vorbildlich gewährleistet.

Im Gedenken an den großen Erneuerer Martin Luther, dessen 450. Geburtstag die heutige Feier besonders gilt, übermitteln die sächsische Staatsregierung dem Lan-

desbischof ihre herzlichsten Segenswünsche für seine Amtsführung. Möge der Herr ihm auch fernherhin die Kraft geben, um erfolgreich daran mitzuwirken, daß die Kirche so volksverbunden gestaltet und erhalten werde, wie es lebensnotwendig für Volk und Kirche ist.

(gez.) v. Klinger.

Des Reichspräsidenten Glückwunsch

Zu Ihrer heutigen Einweisung in das Amt des Landesbischofs in Sachsen spreche ich Ihnen meine herzlichsten Wünsche für eine gesegnete Arbeit im Dienste der evangelischen Kirche und des deutschen Volkes aus.

Mit freundlichen Grüßen!

von Hindenburg

Luther soll uns Vorbild sein!

Reichsbischof Müller veröffentlicht zum Luthertag ein Geleitwort, in dem es heißt: Unser Gedenken an Dr. Martin Luther ist nur dann ganz wahr und echt, wenn wir uns auf das besinnen, was der große Reformator selbst als das Entscheidende und Wichtigste seines Lebens angesehen hat. Eins ging ihm über alles: Jesus Christus, der Heiland, der Offenbarer Gottes, der Weg, die Wahrheit und das Leben. Um diesen Herrn und um das Erleben seiner Wahrheit hat Luther in einsamer Klosterzelle gerungen. Dabei hat er die wunderbare Erfahrung gemacht, daß Gott sich barmherzig und kraftvoll denen anwendet, die diesen inneren Kampf männlich und ehrlich führen. Er hat aber auch erfahren, daß solches Streben nach Ehrlichkeit allein noch nicht genügt, um wahrhaft frei und froh zu werden, um Leben und Seligkeit zu gewinnen. Eins muß als das Entscheidende zuvor empfangen sein: Die Vergebung der Sünden.

Tausendmal hat es Luther wiederholt: Wir empfangen die Rechtfertigung allein aus dem Glauben. Dieses Erleben und diese Erkenntnis Martin Luthers sind die tiefsten und lautersten Quellen der Erneuerung für unser Volk. Aus ihnen die Kraft der Wiedergeburt zu schöpfen, wollen wir am heutigen Luthertag aufs neue geloben.

(gez.) Ludwig Müller,

Reichsbischof der deutschen evangelischen Kirche.

Diesen Aufruf hatte Reichsbischof Müller zum Deutschen Luthertag am 19. November veröffentlicht lassen. In Sachsen wurde die Feier des 450. Geburtstages unseres großen

Reformators auf den morgigen 10. Dezember verschoben, um die Gedenkfeier mit der Einweihung des sächsischen Landesbischofs zu verbinden.

Wichtige Gesetze vom Kabinett verabschiedet

Das Reichskabinett genehmigte am Freitag zunächst einen Erlass, der den Generalinspektor für das deutsche Straßenwesen betrifft. Danach wird für die Förderung des Baus der Reichsautobahnen und für die Ausgestaltung des Landstraßennetzes

eine oberste Reichsbehörde mit dem Sitz in Berlin errichtet, deren Leiter die Amtsbezeichnung „Der Generalinspektor für das deutsche Straßenwesen“ erhält.

Er wird vom Herrn Reichspräsidenten auf Vorschlag des Reichsanzlers ernannt und untersteht dem Reichsminister. Sein Geschäftsbereich umfaßt insbesondere der durch das Gesetz über die Errichtung eines Unternehmens „Reichsautobahnen“ nebst der ersten Durchführungsverordnung zu diesem Gesetz dem Generalinspektor übertragenen Aufgaben den Bau und die Unterhaltung der Landstraßen, soweit sie bisher zur Zuständigkeit des Reichsverkehrsministers gehörte. Bei der Ausarbeitung gesetzgeberischer Maßnahmen ist der Reichsverkehrsminister zu beteiligen. Die Reichsregierung erläßt die zur Durchführung dieses Erlasses erforderlichen Ausführungsbestimmungen.

Ferner beschloß das Reichskabinett

ein Gesetz über die Beschränkung der Nachbarschaft gegenüber Betrieben, die für die Volksernährung von besonderer Bedeutung sind.

Danach wird eine Klage auf Einstellung solcher Betriebe wegen nachteiliger Einwirkungen auf benachbarte Grundstücke ausgeschlossen. Auch die Klage auf Herstellung von Einrichtungen, die die nachteiligen Einwirkungen lindern, fällt weg. Es handelt sich hierbei also um einen besonderen Schutz aller Anlagen zur Pflege aller Arten des Sports.

Den Hauptinhalt der Beratungen des Reichskabinetts bildete das vom Reichsfinanzminister vorgelegte Gesetz zur

Änderung der Reichshaushaltsordnung.

Dieses sieht eine Modifikation des Haushaltsrechtes für Länder und Gemeinden durch Übernahme der Reichshaushaltsordnung durch diese vor. Mit Rücksicht hierauf war eine Reihe von Ergänzungen für die Reichshaushaltsordnung notwendig. Ferner sieht das Gesetz, das vom Kabinett verabschiedet wurde, eine Erweiterung der Befugnisse des Präsidenten des Rechnungshofes vor, ferner einen Ein-

bau des Reichsparlamentars in den Rechnungshof und in das Reichsfinanzministerium wodurch

die Einrichtung des Reichsparlamentars neu belebt und rationell gestaltet

wird. Die Aufgaben dieser Behörden sollen mit Nachdruck weiterbetrieben werden. Dem Präsidenten des Rechnungshofes wird ein Vizepräsident beauftragt, der gleichzeitig Präsident der preussischen Oberrechnungskammer sein kann.

Der letzte Punkt der Tagesordnung der Kabinettsitzung betraf die Sanierung des Rürburgring durch Umwandlung eines Teiles der Forderungen von Reich und Preußen an die Rürburgring-GmbH. in Anteile der Gesellschaft, wodurch das Reich und Preußen die ausschlaggebenden Gesellschaften werden. Ueberdies verzichten Reich und Preußen auf weitere Forderungen an die Rürburgring-GmbH.

Nicht vereinbar mit nationalsozialistischer Weltanschauung

Amtsenthaltung des Staatssekretärs Luber

Der Reichshaltbarhalter in Bayern, General Ritter von Epp, hat auf Vorschlag des bayerischen Ministerpräsidenten Siebert den Staatssekretär und Leiter der Abteilung Landwirtschaft im bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Diplomlandwirt Georg Luber, von seinem Amte entbunden.

Hierzu wird amtlich bekanntgegeben: Aus Anlaß des Geburtstages des Staatssekretärs Luber wurde von dem bayerischen Landesbauernobmann das bisher im Eigentum des landwirtschaftlichen Kreislandwirtschaftlichen Schwaben und Neuburg stehende Volkshaus in Dillingen dem Staatssekretär als Geschenk überreicht. Staatssekretär Luber hat dieses Geschenk angenommen.

Da es sich bei dem großen Volkshaus um ein im Eigentum einer Körperschaft des öffentlichen Rechts stehendes Grundstück handelt, hat die bayerische Staatsregierung auf Grund ihrer nationalsozialistischen Weltanschauung die Auffassung, daß durch diesen Vorgang die Unabhängigkeit und Entschiedenheit eines ihrer Mitglieder und damit ihre eigene Regierungsverantwortlichkeit beeinträchtigt werden könnte. Bei der gegebenen Sachlage glaubt der Ministerpräsident, sich von seinem Mitarbeiter im Wirtschaftsministerium trennen zu müssen.

Wir haben kein Recht zum Ausruhen

Dringliche Zukunftsaufgabe: Wirtschaftsförderung unter Vermeidung von Preiserhöhungen

Der „Westdeutsche Beobachter“ veröffentlicht eine Unterredung mit Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt. Der Minister führte u. a. aus:

Die große wirtschaftliche Aufgabe des neuen Reiches war die Wiederbeschäftigung der Arbeitslosen. Nicht nur um diese Menschen aus ihrem materiellen Elend herauszubringen und aus ihrer seelischen Not zu helfen, sondern weil

der Ausfall der Konsumkraft dieses großen Bruchstücks der deutschen Bevölkerung mit die Hauptursache für die Fortdauer der Wirtschaftskrise

ist. Es ist dabei ganz gleichgültig, ob die Beschäftigungslosigkeit so vieler Menschen erst die Folge anderer Krisenursachen gewesen ist. Heute liegt bei ihr der Angelpunkt für die innerwirtschaftliche praktische Lösung. Durch tatkräftige Maßnahmen, vor allen Dingen großzügige Arbeitsbeschaffungspläne, ist ein erster Angriff erfolgreich gewesen. Der Erfolg ist aber kein ausschlaggebender, sondern nur ein Anfang, und zwar deshalb, weil die Zahl der Arbeitslosen immer noch sehr groß ist, und vor allen Dingen, weil ihre Beschäftigung in weitem Ausmaß nicht aus der Wirtschaft selbst heraus, sondern auf Grund öffentlicher Aufträge zustande gekommen ist.

Es wäre nicht gefährlicher, als sich über das Ausmaß eines erzielten Erfolges Illusionen hinzugeben.

Wir müssen deshalb die Aufgaben des nächsten Abschnittes mit der gleichen Begeisterung und Energie anlassen. Ich sehe sie darin, daß wir die im ersten Kampfabschnitt erzeugte zusätzliche Konsumkraft benötigen, um nunmehr die Belebung unseres Wirtschaftslebens zu fördern und mehr und mehr von künstlichen Aufträgen unabhängig zu machen. Dies wird uns erleichtert durch die sich noch längere Zeit auswirkenden Arbeitsbeschaffungspläne.

Entscheidend beeinflusst wird sie von dem Glauben an die bessere Zukunft, den unser Volk politisch in unvergleichlichem Maße am 12. November gezeigt hat und der auch wirtschaftlich immer mehr vertieft werden muß.

Dabei ist es Sache des Reichswirtschaftsministeriums, alle Störungen auf das Entscheidende zu unterdrücken, insbesondere soweit sie sich gegen die Hebung der Konsumkraft richten. Daraus ergab sich für uns das Vorgehen gegen Preiserhöhungen in den letzten Tagen. Ich habe wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß Preiserhöhungen von sich selbst aus nicht zu haben haben, und daß wir beides jetzt nicht brauchen können. Vor allem anderen müssen die Arbeitslosen in den Wirtschaftsgang eingeschaltet werden. Es ist dabei gleichgültig, ob die beschuldigte Preiserhöhung an sich berechtigt war oder nicht.

Es sind im Laufe der Krise, und zwar als Reinigungsprozess Lohn- und Preisniveau so unter Druck gekommen, daß unter der verschärften Konkurrenz heute sicherlich vielsach das Preisniveau unter den Verhältnissen liegt, und daß eine Korrektur wünschenswert wäre. Aber das kann nicht jetzt und nicht gleichzeitig auf der ganzen Linie sein.

Auf die Frage, ob eine Bankenreform schon in absehbarer Zeit zu erwarten sei, antwortete der Minister zurückhaltend. Er bedauerte, die Zentralisierung, deren Nachteile in jeder Beziehung er anerkannte, und bemerkte, daß eine Rückentwicklung zu begrüßen sei. Jedoch müsse man das Ergebnis der Bankenkommunikation abwarten. Jedenfalls sei für ihn maßgebend, immer den Weg zu finden, der der Wirtschaft praktisch am meisten nütze.

Es wird etwas Ganzes werden!

In 6 Jahren werden wir über 6000 km Reichsautobahnen haben

Der Generalinspektor für das deutsche Straßenwesen, Dr. Toth, erklärte über die weiteren Pläne für den Bau der Reichsautobahnen u. a.:

Wir haben zurzeit acht Oberbauentwürfe in Deutschland. In ein paar Monaten werden 15 Bauleitungen arbeiten.

Das Ausland ist uns in vieler Hinsicht im Straßenbau ganz erheblich voraus,

während Deutschland allerdings das dichteste Straßennetz hat. Deutschland fehlt aber auch gerade in den Jahren, in denen ein großzügiger Bau von Autostraßen notwendig wurde, die für solche großen Projekte erforderliche, einseitige Finanzierung. Es ist ja

der Grundgedanke des Führers, bei unserem großen Wert nicht für den Augenblick zu bauen, sondern Straßen zu schaffen,

die auch in zehn Jahren noch vollen Gebrauchswert haben.

Bei den Autobahnen werden wir dem ganzen Ausland bald weit voraus sein. Wir wollen für die Autobahnen einen durchgehenden Tag- und Nachtverkehr ermöglichen. Die Planung, die wir hierfür anstreben, ist nicht Straßenbau, sondern eine Verknüpfung der Scheinwerfer des Autos, wodurch gegenseitig ein Blenden unmöglich gemacht wird. Wir sind sehr dahinterher, derartige Versuche zu einem Erfolg zu führen. Einmilen haben wir ja noch den Mittelstreifen als Blendschutz.

Im ganzen werden im kommenden Jahr 1500 bis 1800 km Autobahnen im Bau sein.

Das gesamte Programm von sechs bis sieben-tausend Kilometer wird — man muß die Anlaufzeit berücksichtigen — in etwa sechs Jahren bewältigt werden.

Männer, die sich durch Leifungen Vertrauen erworben haben

In einem im „Manchester Guardian“ erscheinenden Artikel über die führenden Persönlichkeiten des neuen Deutschlands heißt es u. a.: Das moralische Ansehen Hitlers ist ungeheuer und hat nach neun Monaten Regierungszeit nicht im geringsten abgenommen. Dr. Goebbels wird als einer der größten Propagandisten der neueren Zeit bezeichnet, während Röhms große Fähigkeiten als Organisator hervorgehoben werden.

Die nationalsozialistische Regierung, so heißt es weiter, habe einen gewissen internationalen Spielraum erzielt. Eine erwähnenswerte politische Opposition gebe es nicht mehr in Deutschland, und die große Zahl der Arbeiter habe keine feindliche Gesinnung gegen die neue Regierung. Die deutsche Regierung wisse, daß sie Zeit habe, den Wiederaufbau der politischen Ordnung Deutschlands zu vollenden.

In Wien „arbeitete“ wieder der Gummknüppel

Nachdem sich schon in den Abendstunden des Donnerstag Kundgebungen von Nationalsozialisten in der Wiener Innenstadt ereignet hatten, kam es am Spätnachmittag des Freitag zu einem Aufmarsch auf der Rärntner Straße an dem über tausend Personen teilnahmen. Die Teilnehmer marschierten die Straße auf und ab. Sie trugen keine Abzeichen und beharrten sich auch nicht. Troddem war die Bedeutung dieses „Rummels“ ganz klar. Die Wache sperrte die Rärntner Straße ab. Es kamen reich überfallwagere der Polizei, deren Mannschaften die Rärntner Straße unter Anwendung des Gummknüppels säuberten. Eine Anzahl Nationalsozialisten sogen sich bei dieser Nennung in eine Verneinungshaltung zurück, die unmittelbar neben der Rärntner Straße liegt und in der gerade die Nachmittagsvorstellungen beendet waren. Auch hier drang die Wache ein und ließ den Gummknüppel ohne Wahl auf die Anwesenden

niederfallen, so daß arbeitsweise die Besucher von dem Unschick der Polizei betroffen wurden. Es wurden rund 150 Verhaftungen vorgenommen.

Als ungeleglich erklärt

Der als „Frühe Blauhembden“ bekannte Jungirlandverband ist am Freitag vom irischen Kabinett als ungeleglich erklärt worden. Sämtliche Polizeibeamten in Irland haben Anweisung erhalten, jede Person zu verhaften, die auf Versammlungen des Blauhembden mit schwarzem Schilps und schwarzer Mütze, das Zeichen der Blauhembden, trage.

Irlands „Blauhembden“ duden sich nicht

Dublin, 9. Dezember. (Radio.) Das Verbot der Blauhembdenorganisation hatte bereits am Freitagabend erste Zusammenkünfte zwischen Blauhembden, Polizei und Republikanern zur Folge. Der Führer der Blauhembden und Präsident der Vereinigten Irlands-Partei, General O'Du'n, erschien trotz des Regierungsverbotes im blauen Demd an der Rednertribüne einer Propagandaversammlung. Er erklärte: „Unsere Organisation wird weiter bestehen und wir werden weiterhin unsere blauen Demden tragen.“ Starke Polizeibekleidungen gingen gegen die Anhänger O'Du'n's vor und verhafteten mehrere von ihnen. In einer öffentlichen Erklärung der Vereinigten Irlands-Partei und der Blauhembden heißt es: „Das Verbot der Blauhembden ist ein ungeleglicher und ungeleglicher Akt der verächtlichen Verfolgung, ohne einen Schatten moralischer Berechtigung. Die Blauhembden werden sich keine Einbehränkung und keine Maßregel über ihre Kleidung gefallen lassen.“ — Auf einer Sonderversammlung des irischen Kabinetts am Freitag wurde die enalische Antwortnote erzwungen. Voraussichtlich wird de Welera eine neue Note in den nächsten Tagen nach London senden.

Wetterfrage. Witterung des Frostes, wolkig, vereinzelt auch leichter Schneefall.